

Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme
Band: 21 (1964)
Heft: 5

Artikel: Zur Planung und Gestaltung der Schweiz
Autor: Marti, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-783793>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Plan

Landesplanung

Schweizerische Zeitschrift für Landes-, Regional- und Ortsplanung • Revue suisse d'urbanisme • Fachorgan für kommunale Bau- und Planungsfragen
 Offizielles Organ der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung • Offizielles Organ der Schweizerischen Vereinigung für Gewässerschutz und Lufthygiene (VGL) • Offizielles Organ der Föderation Europäischer Gewässerschutz (FEG)
 Erscheint 6mal jährlich

Redaktioneller Teil der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung

Redaktion: Prof. Dr. E. Winkler, Institut f. Landesplanung an d. ETH, Zürich 6, Tel. (051) 32 73 30
 Redaktions-Sekretariat: Dr. H. E. Vogel, Kürbergstrasse 19, Zürich 49, Tel. (051) 44 56 78

Zur Planung und Gestaltung der Schweiz

Von Hans Marti, Delegierter für Stadtplanung, Zürich
 (Vortrag, gehalten auf Schloss Lenzburg)

Seit dem Eintritt unseres Landes ins Zeitalter der Industrialisierung ist gut ein Jahrhundert verstrichen. Aus dem Volk der Bauern und Hirten ist eines der industriell am höchsten entwickelten Völker der Erde geworden; der Anschluss an den Fortschritt wurde nicht verpasst. Handel, Gewerbe, Industrie und Geisteswissenschaften blühen; der Verkehr mit all seinen Erscheinungen ist ein sichtbares Zeichen unserer Geschäftigkeit, der wachsende Wohlstand ein anderes. Und trotzdem drängt sich die Frage auf: haben wir erreicht, was wir wollten? Und die andere, vielleicht noch brennendere Frage bedrängt uns: sind wir auf das Kommende gut vorbereitet? Und schliesslich die dritte so schmerzliche: müssen wir weitere Opfer bringen, die Heimat, die Tradition, das Schöne dem Fortschritt preisgeben?

Als Planer — wenn ich diesen vor wenigen Jahren noch anrühigen Begriff wählen darf — fühlen wir uns für die *bauliche* Struktur und für das Bild des Landes verantwortlich. Wir kennen die engen Grenzen unseres Einflussbereiches und die dürftigen Mittel rechtlicher, finanzieller und anderer Art, die uns als Fachleute zur Verfügung stehen. Und trotzdem wagen wir (vielleicht auf verlorenem Posten stehend) einen Kampf zur Verteidigung dessen, was uns lieb geworden ist, der Reinheit und Schönheit des Kleinstaares im bergigen, so vielfältigen Land, einen Verteidigungskampf für die Fülle des Ererbten und für den Fortbestand desselben auch im grösseren Rahmen des werdenden Europas. Man verstehe unsere Haltung und verzeihe, wenn wir nicht mit den Wölfen heulen. Ist alles so gut, was uns der Fortschritt bringt? Wir können nicht daran glauben, dass es richtig sei, alles über Bord zu werfen, was uns Herkommen und Geschichte schenken, so wenig wie wir es richtig finden, nur am Alten zu kleben. *Den Preis, den wir für das Neue zu bezahlen haben, wollen wir kennen.* Wir Planer werden oft als Idealisten und Wirklichkeitsfremde abgestempelt. Mir liegt daran, hier deutlich herauszuarbeiten, wie wir uns die Zukunft des Landes vorstellen, das Urteil über unser Tun und unsere Geisteshaltung überlassen wir gerne den Mitbürgern und der Nachwelt.

Der Preis, den wir bis jetzt schon für den Fortschritt bezahlen mussten, ist hoch. *Unser Wasser ist verdorben! Jahrzehnte werden vergehen, bis die Bäche, Ströme und Seen (auch die unterirdischen!) wieder sauber gefüllt sind.* Mächtige Mauern stauen das wertvolle Nass in den Bergen, ganze Täler sind trockengelegt; die Flüsse sind gefesselt, auch sie liefern begehrten Strom. Traurig gähnen leere Flussbette.

Die ganze Landschaft, vorab die des Mittellandes, ist mit Häusern versehen; der Boden, das kostbarste, nicht vermehrbare Gut ist zur Handelsware abgewertet. Statt der *Are* als Grundmass bäuerlichen Denkens gilt im Lande überall der *Quadratmeter*, die Masseinheit des Baulandes; die Preise für diesen begehrten Artikel erregen Schwindelgefühle, wenn wir an den geordneten Erbgang im bäuerlichen Stande und an die Miete denken, die der kleine Mann für seine Drei- oder Vierzimmerwohnung in Stadt und Land entrichten muss. Von der Wertverminderung des Frankens, die mit der Preissteigerung einträchtig einhergeht, sprechen wir hier nicht. Andere sind berufen, darüber zu reden. Endlich!

Sorgfältig zählen wir die vielen Autos, die in unseren Strassen tags umherfahren; die, die nachts Trottoirs und Fusswege stillstehend belegen, zählen wir nicht. Und wir fragen auch nicht darnach, ob sie bezahlt wurden und von den Eigentümern getragen werden. Wir zählen die fahrenden Vehikel und bauen ihnen Strassen, weil zugegebenermassen grosse Verkehrsnot herrscht. Wir fragen nicht danach, ob die Mutter ebenfalls arbeiten muss, um den rollenden Luxus einigermassen zu bestreiten. Die Kinder wachsen als Schlüsselkinder auf, und mit öffentlichen Geldern bauen wir Tagesheime für die Kleinen und Krippen für die ganz Kleinen. Die Familie leidet. Samstags und sonntags wenigstens ist sie beisammen und auf der Strasse rollend zu Hause. Die Kinder erleben die Sensation der Landstrasse, statt mit Holzklötzchen kindlich spielen zu dürfen.

Trotz grossem Fortschritt gelang es uns nicht, das Wohnungsproblem befriedigend zu lösen. Die Woh-

nung ist rar und teuer geworden, der Arbeiter bezahlt bald einen Drittel seines Einkommens fürs Wohnen, statt des Fünftels oder Sechstels, der volkswirtschaftlich gerechtfertigt wäre, und dazu: die Wohnung wird immer kleiner, hellhöriger und billiger im andern Sinne dieses Wortes. Warum sollen sich die Leute kein Auto halten dürfen, das sie am Wochenende hinausführt in Gottes freie Natur, wo sie ihresgleichen treffen und befreit sind vom Versagen des Wohnungsmarktes. Was schert uns Weib, was schert uns Kind? Wenn es nur rollt!

Die Städte — einst Ausdruck soliden Bürgertums und kraftstrotzenden Handwerks — sind zerrissen, hastig und unruhig geworden; hektisch nennen wir das Leben in ihnen. Das Land wird zur Stadt, rein äusserlich sichtbar, aber auch unsichtbar im Werte des als Bauland durch wenige gehorteten Bodens.

Die Industrie blüht, sie dehnt sich mächtig aus, doch füllen sich die Hallen mit Fremdarbeitern, die wir, weil es besser tönt, neuerdings Gastarbeiter nennen. Ueberall füllen sie alte Wohnungen und auch solche, die den Begriff alt überhaupt nicht mehr verdienen. Wir dürfen nicht offen darüber reden, wie hoch die Mieten sind, die unsere Gäste oft für Schlupflöcher entrichten müssen. Und doch preisen wir den Fortschritt zu Recht, denn der Anschluss an die grosse Welt ist nicht verpasst — und, gemessen am Schicksal unzähliger Menschen auf der ganzen Erde, geht es uns gut, gemessen am Elend von Millionen Hungernder sogar sehr gut. Slums kennen wir nicht und Epidemien, die Tausende hinraffen, auch nicht mehr. Das Land ist geordnet; die Korruption ist so gut wie unbekannt; das Recht steht hoch im Kurs.

Meine Sorge ist die, ob es uns gelingen möge, jetzt klar zu sehen! Aus der Analyse des Zustandes müssen wir Schlüsse ziehen und die Zukunft planen. Ich bin mir bewusst, die Planer können nur die *bauliche* Zukunft planen, das Bild der geordneten Landschaft, die Struktur des zweckmässig und sinnvoll benutzten und bebauten Landes. Wir sind uns auch im klaren darüber, dass uns die Wirtschaft, das wachsende und sich stets verändernde Volk, das Recht und auch höhere Fügungen wie die Landschaft, das Klima und schliesslich der föderative Aufbau unseres Landes Schranken setzen, die wir nicht überspringen können oder besser gesagt, nicht ungestraft überspringen dürfen. Das wachsende Volk und die Wirtschaft stellen uns die Aufgaben; das Recht ist träge, aber es entwickelt sich stets weiter (wenn wir es geschickt anstellen, sogar zugunsten weitsichtiger Planungen), die Landschaft ist wenigstens im grossen Rahmen gegeben, das Klima ebenfalls, und das, was wir den föderativen Aufbau (mit Stichworten: von unten nach oben, von der Familie zur Gemeinde, zum Kanton und Bund) bezeichnen und seine demokratischen Gepflogenheiten, was wir als Heimat zu nennen gewohnt sind und lieben, wollen wir nicht nur respektieren, sondern wirklich hochhalten. Ich habe hiemit die Pflöcke gesteckt, die das Feld begrenzen, worin wir uns jetzt bewegen werden.

Objekt unserer Ausführungen ist die reichgegliederte, vielfältige, vom Menschen gestaltete Landschaft unseres Staates. Sie ist von bedächtigen, sich nur langsam wandelnden, dafür sich stark vermehrenden Schweizern unterschiedlicher Zunge, Konfession und wirtschaftlicher Stärke bewohnt, wird mit demokratischer Regierung und föderalistisch verwaltet, vereinzelt wird auch regiert. Das Recht, insbesondere die uns speziell interessierende Baugesetzgebung, gleicht einem *bunten Strauss* in solider Vase, die leider auch schon verwelkte Blumen enthält. Die Vase ist unsere bewährte Verfassung, die Blumen sind die unterschiedlichen Baugesetze, die Bauordnungen und die übrigen rechtlichen Grundlagen des Bauwesens, wie die Gesetze über den *Gewässerschutz*, die Verordnungen über das *Kanalisationswesen*, die *Strassenbaugesetze* des Bundes und der Kantone, die *Strassenreglemente* der Gemeinden, die *Expropriationsgesetze*, die Verordnungen über den *Natur- und Heimatschutz* und viele andere, die hier gar nicht aufgezählt werden können. Wir finden in diesem Strauss alte, verdorrte Disteln aus dem Jahre 1863 und frische Rosen, ja sogar Knospen, wie etwa das im Entwurf vorliegende *Planungsgesetz des Tessins*, das noch vom Grossen Rat des Kantons beraten werden muss, wir finden grosse und schöne Blumen, wie das eidgenössische *Gewässerschutzgesetz* (kaum eingestellt und schon am Welken) und unscheinbare, dauerhafte wie das *Einführungsgesetz zum ZGB im Kanton Aargau*, das das ganze Bauwesen des aufblühenden Kantons in wenigen Paragraphen, fast als Nebensache, umschreibt. Wir finden — der Natur der Sache gemäss — viele kleine Blüten, die *Bauordnungen* der Gemeinden, die in buntesten Farben schillern, die schnell abblühen und folglich auch schnell ausgewechselt werden sollten. So mannigfaltig die Schweiz ist und so unterschiedlich die Mentalität ihrer Bewohner, so reichhaltig *muss* der Strauss sein, aber um so schwerer ist es, ihn schön zu machen und stets frisch zu halten! Eine besondere Knospe, gross und bedeutungsvoll in ihrer Art, stellt das *Bodenrecht* dar, das im Entwurf vorliegt und Bundesrecht werden soll. Wir Planer messen diesem Gesetz ganz wichtige Funktionen zu, weil wir davon überzeugt sind, dass wir ohne ein solches Gesetz auf die Dauer nicht auskommen werden.

Der föderative Aufbau unseres Staates setzt unseren Bestrebungen Schranken, die — wenn es sich um regionale Planungen im übergeordneten Verbandsverband handelt — oft schmerzlich werden. Das Wachstum der Städte, das durch ihre wirtschaftliche Kraft bedingt ist, von der Freizügigkeit getragen und durch die soziale Aufgeschlossenheit der Städter gefördert wird, macht nicht an den politisch gezogenen Grenzen halt. Nicht einmal um die topographischen oder natürlichen Grenzen kümmert es sich. Die Städte wirken wie Magnete, die Eisen an sich ziehen. Die Ballungen im Lande werden grösser und grösser, Zürich und Umgebung nehmen Jahr für Jahr um rund 20 000 Einwohner zu, ein Zehntel findet noch in der Stadt Platz, neun Zehntel besiedeln die Vororte, die — ob sie wollen oder

nicht — städtisch werden. Zum Vergleich sei die jährliche Zuwachsquote der Schweiz genannt, die rund 50 000 Einwohner beträgt. Jährlich beansprucht Zürich somit zwei Fünftel des Gesamtzuwachses der Schweiz, und dieser Zuwachs muss — weil die Baulandreserven der Stadt so gut wie erschöpft sind — im Umland untergebracht werden. Aber nicht nur Zürich, sondern auch St. Gallen, Winterthur, Schaffhausen, Baden, Brugg, Aarau, Olten, Solothurn, Biel und Bern wachsen, gesamthaft betrachtet, *ungeordnet*. Zwischen Lausanne und Genf bildet sich eine Stadtlandschaft, Basel und die Vororte im Baselland sind bereits zur städtebaulichen Einheit verschmolzen, das gleiche kann füglich von Luzern mit seinen Vororten behauptet werden. Ganz krass zeigt sich die Stadtbildung im Tessin, wo die Grenzen der Städte und Dörfer bei Lugano, Locarno und im Mendrisiotto völlig verwischt sind. Wir stossen auf das Problem der Autonomie der Gemeinden, die vom Wachstumsprozess bedrängt werden und ihm oft tatenlos gegenüberstehen. Wohl verkünden wir lautstark, die Gemeinden seien zu stärken, wir bekämpfen Eingemeindungstendenzen grundsätzlich, aber Taten, die das Bekenntnis zum föderalistischen Staate bekräftigen, bleiben aus. *Im Hintergrund lauert das Gespenst der Eingemeindung doch: es kann warten*. Verheissungsvolle Ansätze gemeinsamen Handelns — in unserer Fachsprache *Regionalplanungen* genannt — sind erkennbar, aber damit diese ersten Gespräche über die Gemeindegrenzen hinweg nicht zu Gesellschaftsspielen zwischen Gemeinderäten und Planern degradiert werden, sind besondere Anstrengungen nötig, die Gegenstand eidgenössischer Gespräche sein sollten. Den Blick übers Ganze haben wir nicht, noch weniger die Vorstellung über die *bauliche Zukunft des ganzen Landes*. Ueberall wuchert es, und der bekümmerte Schweizer, der nicht tiefer in den Stoff eindringen kann oder will, beklagt sich wie der Schweizerische Werkbund, der einfach ausrufen darf: «Die Schweiz wird immer hässlicher.» Ein trauriger Slogan für die Expo 64.

Wir wollen nicht bei der äusseren Erscheinung bleiben, sondern versuchen, die Ursache zu ergründen, die Symptome zu deuten und Vorschläge auszuarbeiten, wie wir uns im Hinblick auf die kommende europäische Gemeinschaft eine

starke und schöne Schweiz von morgen

vorstellen. Es kann sein, dass der Blickwinkel etwas zu weit geöffnet wird und vieles als Illusion erscheint, *aber Planung ohne Weitsicht gibt es so wenig, wie Planung ohne Glaube an eine bessere Zukunft. Planung muss stets bessere Verhältnisse anstreben*. Von uns erwartet man Vorschläge, von den Behörden aber werden Taten erwartet!

*

Ich versuche zunächst unsere Landesplanung im grossen Rahmen Europas zu sehen, um dann auf die Forderungen einzutreten, die wir Planer zur Verwirklichung des noch zu steckenden Ziels zu stellen haben. Mit der Industrialisierung und der mit ihr verbunde-

nen Entwicklung des Verkehrs hat das Zeitalter der grossen Städte — oder wie Prof. Dr. Ernst Egli sagt —, das Zeitalter der Stadtlandschaften angefangen. Die wirtschaftlichen Ballungsräume bilden sich allmählich oder haben sich schon gebildet. Sie bestimmen das bauliche Bild der Zukunft und das künftige Leben überhaupt.

Was tun andere Staaten?

Holland schied schon vor Jahren bewusst und konsequent die unter dem Namen *Randstadt Holland* bekannt gewordene Zone an der Nordsee aus, die ihre Rolle *als Ganzes*, als *Grosstadt* heute schon spielt. Sie wird, wie man mir sagte, für 11 Millionen Einwohner geplant. Heute dürfte etwa die Hälfte darin leben. Von *Rotterdam* mit dem ausgedehnten Industriegebiet und dem im Bau befindlichen *Europort* an der Mündung der Maas über *Den Haag* bis *Amsterdam* erstreckt sich diese Riesenstadt, die die holländischen Planer, ohne als Utopisten oder Träumer gebrandmarkt zu werden, planen dürfen und bauen! Eine einzige grosse Stadt wird die Provinz Holland, deren einzelne Glieder selbständig bleiben und verschiedene Funktionen übernehmen: Rotterdam Industrie und Verkehr, Den Haag Verwaltung, Amsterdam Handel und dazwischen die vielen Kleinstädte wie Delft, Leyden und andere, die die Zellen geistiger Kraft werden sollen oder es schon sind. Ganz systematisch verfolgen die Holländer ihr Ziel. Ruhig und besonnen entwickeln sie ihr Land am Rande Europas. Bei meinem letzten Besuch im Jahre 1960 war ich über die grossartigen Leistungen erstaunt. Die holländischen Staatsbahnen, die wie U-Bahnen zwischen den Städten in regelmässigen Intervallen verkehren, sind herrlich!

Das Ruhrgebiet in Deutschland. Als Folge günstiger Voraussetzungen der Natur entwickelte sich hier die ausgedehnte Zone zwischen Düsseldorf und Dortmund mit den Städten Gelsenkirchen, Duisburg, Essen, Herne, Barmen und Elberfeld und wie sie alle heissen mögen. 5 Millionen Menschen leben hier. Seit dem Anfang der zwanziger Jahre existiert der *Ruhrsiedlungsverband*, der die aus grossen Städten zusammengesetzte Grosstadt planend betreuen darf. Heute, als sichtbares und leuchtendes Zeichen weitsichtigster Planung, entsteht in Bochum die neue mit ungeheuren Mitteln dotierte Hochschule. Düsseldorf, die mächtige Handels- und Verwaltungsstadt, Essen und Dortmund, die Industriegewaltigen und alle andern verzichten auf die Hochschule zugunsten Bochums. Das Ruhrgebiet tritt nach aussen als kräftige Einheit auf. Alle Fragen — nicht nur Verkehr und Wasserversorgung — werden gemeinsam geprüft. Das Wohnen, die Arbeit, die kulturellen Institutionen, der Schutz der Landschaft. Landesplanung auf breitester Front und mit ausserordentlichen Mitteln dotiert, darf der Ruhrsiedlungsverband fortschrittlich anpacken. Wer je Gelegenheit hatte, das so berüchtigte Ruhrgebiet näher kennenzulernen, wird über die schönen Grünflächen, die inmitten riesiger Industriezonen dauernd erhalten bleiben, erstaunt gewesen sein. Er wird die Leistungen bewun-

dern, die eine am Anfang als idealistisch belächelte Regionalplanung in nur 40 Jahren zustande bringen konnte. Das Ruhrgebiet wie auch die Randstadt Holland sind aus dem europäischen Zukunftsbild nicht mehr wegzudenken. Aus Deutschland wäre nur noch zu melden, dass hier versucht wird, das Wachstum in 9 gut geplante sog. «Ballungsräume» zu lenken und diese mit allen Schikanen der Grosstadt auszustatten. Die Kleinstädte und ländlichen Bezirke sollen ebenfalls saniert werden. Ein Bundesplanungsgesetz ist in Vorbereitung, nach unseren Begriffen ein allzu zentralistisches, aber ein Anfang wenigstens.

Paris und seine Umgebung zählt heute mehr als 10 Millionen Einwohner. In der Schule lernte ich vor 30 Jahren, Paris habe 4 Millionen. Jahr für Jahr kommen 500 000 neue hinzu. Ich bin weit davon entfernt, diesen Prozess als wünschbar oder gesund zu bezeichnen, im Gegenteil! Es berührte mich aber sehr, als ich die Präzision der französischen Kollegen sah, mit der sie allen Schwierigkeiten zum Trotz das Wachstum meistern und die Bedeutung der Stadt mehren! Das Werden der Riesenstadt im Herzen Europas ist nicht wildes Wuchern, sondern gelenkter Prozess. Die *Région Parisienne* mit all ihren bezaubernden landschaftlichen Reizen hat auf mich den gleichen Eindruck gemacht wie die ehrwürdige, traditionsreiche und so schöne alte Stadt an der Seine. Ich verzichte hier, die französische Metropole weiter zu loben, denn wer könnte sich ihrem Charme entziehen! Frankreich plant, wie wir an einer europäischen Tagung hörten, das ganze Land durch. Von oben nach unten und kreuz und quer. Diese Planungshypertrophie ist nicht das, was wir brauchen... aber ein wenig davon täte auch uns gut. Denken wir an Stadtteile unserer Städte, die irgendwo wachsen, wo Spekulanten es gerade wollen! Denken wir an das Wuchern unserer Kurorte, an die verheerende Streubauweise im ganzen Lande!

Mailand, die norditalienische Metropole, Hauptstadt der Lombardei, Industrie-, Verwaltungs- und Handelszentrum ersten Ranges ist nicht nur das Zentrum Oberitaliens. Zwei Drittel aller italienischen Steuern werden in Mailand aufgebracht! Mailand trägt die Last des unterentwickelten Südens, so gut wie es die Hauptstadt Rom mit ihrem süßen Leben zu tragen vermag. Mit der Schwesterstadt Turin und den Trabanten Lecco und Varese packt sie den Stier Europa bei den Hörnern. Ich hatte Gelegenheit, die Planung der Poebene und die des Alpensüdfusses eingehend zu studieren und war hell begeistert über die bis ins letzte durchdachte Systematik der italienischen Landesplaner, die wir — in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse — leicht des «dolce far niente» bezichtigen. In der Lombardei leben heute 5 Millionen Einwohner. Immer mehr drängen sich in diesem begünstigten Raum zusammen. Mailand plant daher den Bau mehrerer Zweigstädte nach Nordosten gegen Lecco, nach Nordwesten gegen Varese, mit 150 000 bis 300 000 Einwohnern, dazu Industriegebiete, Erholungszonen und Landschaftsschutzgebiete, wie ich sie mir früher nicht vorstellen konnte. Ein grossartiges

Verkehrssystem ergänzt die Planung. Für weitere 5 Millionen Einwohner sorgt die Lombardei vor, weil der engere Stadtbereich Mailands, der heute rund 2 Millionen Einwohner aufweist, fast ganz ausgefüllt ist. Ziel der Planung, so sagten mir die italienischen Kollegen, sei es, eine Grosstadt in die Wege zu leiten, die das Leben grosser Massen lebenswert werden lässt. Im europäischen Konzert will Mailand die erste Geige spielen. Italiens Landesplanung steht am Anfang, aber die neuen Gesetze sind bereit, die alten, aus Mussolinis Zeiten stammenden, sind auch nicht schlecht.

Ich kenne die englischen und finnischen Beispiele leider nicht aus persönlichen Anschauungen, doch glaube ich aus der Fachliteratur entnehmen zu dürfen, dass sich in beiden Ländern nach und nach ähnliche Grundsätze wie die geschilderten durchsetzen. Die neuesten Publikationen aus Belgien und Oesterreich lassen vergleichbare Tendenzen erkennen.

Bevor wir nun auf den *Fall Schweiz* eintreten, dürfen wir uns die Frage durch den Kopf gehen lassen, ob die geschilderte Entwicklung glücklich ist oder nicht. Müssen wir uns dagegen sperren oder sollen wir nicht in irgendeiner Form mitmachen? Ausgangspunkt der Erwägungen muss das explosive Wachstum der Bevölkerung sein und die Notwendigkeit, jedem Bürger ein Dach über dem Kopfe und einen gefüllten Brotkorb zu geben! Alle andern Ueberlegungen treten zunächst in den Hintergrund, denn vom allgemeinen Wachstum der Menschheit sind wir Schweizer nicht ausgeschlossen, und jeder von uns verdient auch sein Heim und die gedeckte Tafel. Wir Planer bemühen uns, Raum für alle Bedürfnisse des Menschen innerhalb unserer eng gezogenen Grenzen zu finden. Eroberungsgelüste kennt die Schweiz seit Jahrhunderten keine mehr, und die Propagierung einer massiven Auswanderung, wie sie im vergangenen Jahrhundert, zu meines Grossvaters Zeiten, üblich war, kann unsere Aufgabe nicht mehr sein, weil die Menschheit auf der ganzen Erde ungeheuer wächst, man sagt, es seien 180 000 im Tag! *Also wird uns — ob wir wollen oder nicht — die Pflicht überbunden, auf stets gleich gross bleibendem Raum immer mehr Menschen anzusiedeln, mit anderen Worten: dichter und dichter zu bauen und immer mehr Strassenraum und Freiflächen sicherzustellen.* Eine fatale Aufgabe, wenn wir an den bauerlichen Stand denken, den wir trotz allem erhalten wollen. Es ist eine Illusion zu glauben, wir könnten weitere 5 Millionen auf Schweizer Boden unterbringen ohne Land zu verbauen. Wir müssen uns damit abfinden, dass das Opfer gross sein wird, welches die Landwirtschaft bringen muss. Wie gross muss es aber sein? Müssen wir vielleicht noch weitere Opfer bringen? Fragen, auf die wir alle als Staatsbürger Antworten finden müssen.

Die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung schlägt vor, unser Land für die Unterbringung einer totalen Einwohnerschaft von 10 Millionen Menschen vorzubereiten. Während 100 Jahren müssten wir jährlich eine Stadt der Grössenordnung Biels bauen; oder in einem knappen Jahrhundert sind fünfmal so viele

Leute in der Schweiz neu anzusiedeln, wie heute im ganzen Kanton Zürich leben. Stellen wir uns 10 neue Städte vor so gross wie Zürich, die wir vermutlich in verkehrsgünstiger Lage: Mittelland, Juranordfuss und Genfersee anlegen müssten! Angesichts dieser gewaltigen Aufgabe komme ich zur festen Ueberzeugung, dass wir so wenig wie Holland, das Ruhrgebiet, Paris und Mailand in der Lage sind, den Kopf in den Sand zu stecken und zu warten, was uns das Schicksal beschert. Zu lange haben wir schon gewartet. Die Aufgabe ist begeisternd, auch wenn noch wenig oder fast keine Mittel da sind, sie zu lösen. Lassen wir den Dingen gemäss geltendem Recht und geltender Praxis den freien Lauf, so werden sich Zürich, Basel und Genf zu grossen Städten heranbilden, vorab Zürich als Stadtlandschaft wird dank wirtschaftlicher Stellung und Macht rapid anwachsen. Ich erinnere an die vorhin genannte Zuwachsrate von jährlich 20 000 Einwohnern, die heute 40 % des schweizerischen Zuwachses beträgt. Ich hatte Gelegenheit, Vergleiche mit andern Städten anzustellen: München, bereits eine Millionenstadt, nimmt jährlich um rund 30 000 Einwohner zu, Hamburg 50 000, Stockholm 30 000, man sieht, Zürichs Wachstum ist durchaus mit demjenigen grosser Weltstädte zu vergleichen. Seine Wirkung als Metropole des Landes ist enorm — vielleicht nicht zum Segen des ganzen Landes. (Aber nicht nur vor dem Eisernen Vorhang findet dieser Prozess statt, sondern auch hinter ihm. Ich erfuhr, dass Warschau, das nach dem Kriege nur 300 000 Einwohner hatte, heute wieder 1,8 Millionen Einwohner aufweist.) Moskau, Prag, Budapest und die vielen Städte des Nahen und Fernen Ostens, Afrikas, Amerikas, Australiens wachsen ins Riesenhafte an. Tokio soll über 10 Millionen Einwohner haben!

Als Kind der Grosstadt bejahe ich sie, das haben sie aus meinen bisherigen Ausführungen bestimmt gemerkt, wovor ich aber eindringlich warnen möchte, ist das geschwür- oder krankhafte, unüberlegte Aufblähen eines einzigen grosstädtischen Gebildes in unserem kleinen Lande. Der Kanton Zürich rechnet mit einer totalen Einwohnerschaft von etwa 2,2 Millionen, von denen etwa 1,2 bis 1,6 Millionen in der Region der Hauptstadt leben sollen. In den Jahren 1957/58 war ich Mitglied einer kantonalen Expertenkommission für die Regionalplanung, wir rechneten damals fürs Jahr 1980 eine Zunahme von 300 000 aus, wovon 150 000 Einwohner im städtischen Bereich Zürichs leben sollten . . . , heute — also nach sechs Jahren, oder rund 15 Jahre früher als erwartet — ist diese Zahl bereits überschritten! Ob sich die Pläne der Regional- bzw. Stadtplaner Zürichs — *die Stadt auf 1,2 bis 1,6 Millionen Einwohner zu konzipieren* — halten lassen, ist höchst fraglich. Bodenpreise von 30 000 Franken pro m² und mehr, wie sie an der Bahnhofstrasse gelten, reden eine andere, sehr deutliche Sprache. Die Wirtschaft kann sich nicht in erster Linie um nationale Planungsinteressen kümmern, sie hat das Wohl der Menschen im Auge, die von ihr leben, sie profitiert von den Freiheiten, auf die auch wir stolz sind und nicht preisgeben wollen, die Handels- und Ge-

werbefreiheit, die Freizügigkeit und andere. Und gerade diese Freiheiten sind es, die das Wachstum interessanter Gebiete besonders fördern. Dazu kommt die soziale Fürsorge, die in grossen Städten besser spielt als in kleinen, jedenfalls auf dem politischen Sektor.

Die Grundrechte der Demokratie wollen wir nicht in Frage stellen, wodurch wir Planer — das gebe ich angesichts unserer beruflichen Forderungen gerne zu — in einen grossen Gewissenskonflikt geraten. Einerseits möchten wir die Besiedlung aus allgemein landesplanerischen Erwägungen ordnen, andererseits hängen auch wir an den schönen liberalen Freiheiten, die die Unordnung fördern. Diesen Konflikt, der auch in uns selbst Spannungen erzeugt, möchten wir lösen, doch sind wir uns bewusst, dass es uns allein nie gelingen wird, die Entwicklung in andere — nach unserer Ansicht bessere Bahnen zu lenken. Wir brauchen die Hilfe der Wirtschaft, des Rechts, der Soziologie, der Technik und der Politik. Wir brauchen auch Ihre Hilfe!

Zunächst will ich die Frage stellen, ob das entwickelte Bild: die *Grosstadtregion Schweiz* im werdenden Europa — als Zukunftswunsch oder Vision — ein geeignetes ist, all die soeben aufgezählten Helfer davon zu überzeugen, dass etwas im Sinne eines gemeinsamen Vorgehens der Landesteile, der Kantone und der Gemeinden vorgekehrt werden muss oder nicht. Nehmen wir an, diese Frage werde verneint. Wir bekannten uns also zum Grundsatz, diese bisherige Entwicklung mit dem meteorhaften Aufstieg Zürichs sei in Ordnung, es entspreche einem Naturgesetz, dass stets einer der Stärkste sei, es sei auch natürlich, dass sich die Kräfte zusammenballen. Zürich mit Umgebung würde bei dieser Ausgangslage in 20 Jahren 400 000 Einwohner mehr haben als heute, in 40 Jahren, um die Jahrhundertwende, wären es etwa 800 000 mehr oder rund 1,5 Millionen Menschen. Hiezu käme der Raum Rapperswil, Zug, Baden, Winterthur mit weiteren 500 000, ein Fünftel der schweizerischen Bevölkerung bildete so die Grosstadtregion Zürich, vier Fünftel wären über den Rest des Landes verteilt, wobei die Region Genf-Lausanne, Basel und Baselland, Luzern und Umgebung und das Tessin noch gewisse Konzentrationen durchmachten, während die übrigen Teile des Landes gewiss nicht völlig stagnierten, wohl aber beträchtlich langsamer wüchsen. Ich rechnete nur mit dem jährlichen Zuwachs von 20 000 Einwohnern in der Region Zürich. Nehme ich aber an, der Zuwachs sei progressiv, was durchaus nicht von der Hand zu weisen ist, und setze ich von Anfang an die soeben umrissene Grosstadtregion in Rechnung, so wäre es leicht möglich, dass im Jahre 2000 ein Viertel oder gar ein Drittel aller Schweizer im Einflussbereich Zürichs lebten. Ist die beschriebene Grosstadtregion eine Utopie? Schon heute entspricht sie, wenn man das, was als Bauland gehandelt wird, berücksichtigt, einer eidgenössischen Realität. Wer in diesem Raum landwirtschaftlichen Boden zum Ertragswert von Fr. 1.50 bis Fr. 2.— pro m² sucht, sucht vergeblich. Reichgewordene Vorstadtbauern, die bis 100 und

mehr Franken für ihren Boden erzielten, zahlen gerne und gut 5, 10 und mehr Franken, wenn sie einen neuen Hof kaufen und ihrem Berufe treu bleiben wollen. Der arme Bauer, der kein Bauland verkaufen kann, wird aber mit der Zeit zum Pächter degradiert.

Das Wachstum der Stadt in Richtung Rapperswil ist an den beiden Ufern des Zürichsees leicht sichtbar. Zürichs Wohngebiete befinden sich, weniger auffallend, schon auf dem Mutschellenpass, sie greifen sogar ins Reusstal hinüber. Baden und Umgebung und Winterthur mit seinen Vororten dehnen sich ausserordentlich rasch aus. Zug und Umgebung entwickeln sich überaus stark. Freilich ist nicht alles *nur* von Zürich beeinflusst; die kräftigen Industrien von Zug, Baden und Winterthur folgen ihren eigenen Gesetzen und beeinflussen das lokale Geschehen stark. Insgesamt betrachtet, füllt sich der umrissene grosse zürcherische Raum schnell auf und sprengt den bescheidenen eidgenössischen Rahmen.

Das, was wir langsam als Grosstadt bezeichnen müssen, zwingt uns in der Stadt Zürich Vorkehren zu treffen, die geeignet sind, das Leben als Grosstädter lebenswert zu machen. Ich möchte nur einige Tatsachen herausgreifen, die zu denken geben. In die Verkehrssanierung will die Stadt gemäss heutiger Konzeption während der nächsten 20 Jahre total 2,85 Milliarden Franken stecken (die verworfene Tiefbahn hätte rund 500 Millionen davon konsumiert). In der Region verschlingen die Verkehrsbauten 5 bis 7 Milliarden! Die Eidgenössische Technische Hochschule und die Universität Zürich sehen je eine Verdoppelung der Immatrikulierten vor, je 8000 statt deren 4000. Jährlich werden in Zürich 500 Wohnungen abgerissen und durch Bürobauten ersetzt oder in Büros oder Geschäftslokale umgewandelt, in zehn Jahren verschwindet in Zürich soviel Wohnraum, wie ihn beispielsweise die ganze Stadt Aarau enthält. Nahe bei Zürich haben die Landpreise schwindelhafte Höhen erreicht (um ein Beispiel zu nennen, das ich in meinem Büro selbst erlebte: vor drei Jahren bauten wir in Glattbrugg an der Zufahrt zum Flughafen den ersten Teil einer Wohnsiedlung; das Land wurde damals mit Fr. 50.—/m² in die Renditenberechnung eingesetzt; vor einem Jahr verkaufte der biedere Landeigentümer den Rest seines Landes für den zehnfachen Betrag: Fr. 500.—/m²!). Soziale und andere Wohnbaugenossenschaften finden sich mit Baulandpreisen ab, die weit über Fr. 200.— pro m² liegen. Ich erinnere an übergeordnete Aufgaben wie Flugplatz, Oper, Theater, Sportplätze und an anderes mehr, deren Planung auf weite Sicht grossstädtisch angelegt ist. Ich erinnere an Banken, Versicherungsgesellschaften und grosse Unternehmen, die allein noch in der Lage sind, *alle* Preise zu zahlen, wenn sie nur in *Zürich* sind. Diese Tatsache wollte ich Ihnen vor Augen führen; sie sind das Resultat wirtschaftlicher Faktoren, die unabhängig von unserem planerischen Willen sind. Sie bereiten die Grosstadt wirklich vor. Sie sprengen sogar den Rahmen des starken Kantons Zürich. Ich will gerne bekennen, dass es uns möglich sein wird, die hier skizzierte Grosstadt

Zürich auch so zu ordnen, dass das Leben in ihr lebenswert bleibt. Die reich gegliederte Topographie mit den ausgeprägten Höhenzügen des Albis und der Forch, die schöne offene Zone des Zürichsees und die Täler der Limmat, Reppisch, Glatt, Furt usw., das einzigartige Greifenseebecken und die zum Glück seit 60 Jahren geschützten Wälder werden es verhindern, dass eine grässliche Grosstadt nach ausländischem Muster entsteht. *Meine Sorgen sind anderer Art*: trägt unser Land eine so grosse Stadt und sind wir nicht im höheren Landesinteresse verpflichtet, Zürichs Expansion unter Kontrolle zu behalten oder besser gesagt, sie unter Kontrolle zu nehmen? Ich nahm vorhin an, diese Frage könnte verneinend beantwortet werden, der meteorhafte Aufstieg der Metropole sei in Ordnung.

Nehmen wir nun aber das Gegenteil an. Das Naturgesetz vom Recht des Stärkeren werde nicht bedingungslos anerkannt, es liege in unserer Macht, die Entwicklung zu meistern und Zürich und Umgebung in einer Grössenordnung von 1,2 bis 1,6 Millionen Einwohnern zu halten, wie sie etwa der Vorstellung der kantonalen und regionalen und übereinstimmend mit diesen auch der zürcherischen Amtsstellen und Planer entspricht. Entspricht diese Annahme nicht auch der Vorstellung des ganzen Volkes? Ich bin fest davon überzeugt, dass die überwiegende Mehrheit der Schweizer sich in diesem Sinne aussprechen würde, wenn man die Frage: Wo sollen 5 Millionen Schweizer in den nächsten 50 Jahren angesiedelt werden? stellen und vom Volk beantworten lassen dürfte. Alle Verantwortlichen des demokratisch-föderalistischen Staates würden sich im Sinne Hollands und des Ruhrgebietes für eine ausgewogene Entwicklung aussprechen und eine auf das allgemein schweizerische Wohl ausgerichtete Besiedlung des Landes befürworten. Oder ist diese Annahme etwa falsch? Wenn wir mit 10 Millionen Einwohnern rechnen müssen, haben wir angesichts der Raumnot die Verpflichtung, uns Gedanken darüber zu machen, wo sie wohnen, arbeiten und sich erholen und wie sie zirkulieren werden. *Das ist die Aufforderung, die wir Planer an alle richten, die sich um das Wohl und Wehe der Schweiz zu kümmern haben, die den Menschen und die Landschaft, worin er lebt, lieben, die nicht nur den Moment vor Augen haben und die Nöte des Tages, an alle, die gewillt sind, über die Schweiz als Ganzes im europäischen Raum nachzudenken, bevor es zu spät ist.* Wir müssen uns heute ein Konzept, eine Vorstellung, ein Leitbild oder wie wir es sonst nennen wollen, der Schweiz von morgen erarbeiten, einen überzeugenden und glaubwürdigen Plan. Ich nenne das Konzept für mich einmal «Grosstadt Schweiz».

Ich weiss, meine Vision der geordneten Stadtlandschaft im mitteleuropäischen Raum kann falsch, illusorisch, utopisch, idealistisch, weltfremd genannt werden. Das schadet nichts, wir Planer sind gewohnt, so charakterisiert zu werden! Ich kann mir auch vorstellen, dass es falsch sein kann, eine einzige zusammenarbeitende Grosstadtregion anzupeilen, dass es vielleicht richtig wäre, ein schweizerisches *Dreigestirn*:

etwa Ostschweiz — Westschweiz — Tessin anzupeilen oder ein anderes Zukunftsbild. Sicher aber bin ich — und das ist die Verpflichtung gegenüber dem Berufe des Planers —, dass wir die Augen nicht verschliessen und den Kopf nicht einfach in den Sand stecken dürfen!

Immer wieder wird uns von den sogenannten Realisten vorgehalten: lösen wir doch die täglichen Aufgaben so gut wir es können, unsere Nachfahren sollen auch noch Aufgaben vorfinden und lösen! Ja, das ist die planlose Methode, die uns, verzeihen Sie mir, dass ich kurz an den Anfang meines Referates erinnere, trotz Hochkonjunktur verdorbenes Wasser, die Wohnungs- und Verkehrsnot, die horrenden Bodenpreise, die immer hässlicher werdende Landschaft und so manches dazu beschert hat, das wir jetzt schon nicht lösen können und einfach unseren Nachfahren überlassen müssen.

Ich glaube, ein «drittes Rütli» tut not. Die Besinnung auf unsere geistigen Qualitäten und die höheren Werte, die wir zu verteidigen haben, ist fällig.

Mit meinen Ausführungen verfolge ich als Planer Zürichs einen ganz realen Zweck. Mir liegt daran, festzustellen, wie gross der Kern einer Millionenstadt sein muss, der den Rahmen für die Aufnahme zentraler Dienste bildet. Ich bin mir absolut im klaren, dass sich diese fachlich ausserordentlich wichtige Frage nicht von heute auf morgen und auch nicht hier beantworten lässt, ich weiss auch, dass noch viel Wasser die Limmat abwärts fliesst, bis wir die Frage überhaupt richtig formulieren können. Aber ich bin auch sicher, dass wir die Frage, wenn möglich, bald stellen müssen, denn jetzt werden mit dem neuen Zonenplan der Stadt ohne genaue Untersuchungen Baumöglichkeiten für rund 300 000 Arbeitsplätze im Gebiet der City festgelegt, was etwa der Geschäftsstadt Hamburgs entspricht, einer Stadt, die für 2,5 Millionen Einwohner geplant wird. Diese Fachfrage interessiert in diesem Kreise weiter nicht. Ein eidgenössisches Gespräch unter Fachleuten müsste darüber Klarheit verschaffen. Es kann und darf uns nicht gleichgültig sein, wie gross Zürich wird. Wir sind in nationalen Interessen verpflichtet, über Grössenordnungen nachdenken zu lernen, die das ganze Land angehen. Natürlich wird man nicht sagen und fordern dürfen, Zürich und Umgebung dürfe nur 1 000 000 Einwohner haben, der 1 000 001. müsse in Basel angesiedelt werden, das widerspricht dem Grundsatz der Freizügigkeit. Wir werden uns aber doch als Schweizer fragen dürfen, ob es beispielsweise richtig ist, die ETH in Zürich weiter auszubauen, ob der Kanton seine Universität im beabsichtigten Mass vergrössern soll, ob es vertretbar ist, wenn die Stadt Baumöglichkeiten für so viele Arbeitsplätze im Citygebiet plant, ob wirklich alle Wege nach Zürich führen müssen, ob die enormen Mittel, die die Verkehrssanierung Zürich verschlingt, volkswirtschaftlich richtig angewandt und subventionswürdig sind, ob weitere Industrieansiedlungen im Raume Zürichs befürwortet und gefördert werden können, ob es keine Mittel gibt, die enormen Bodenpreissteigerungen, die

die Entwertung des Schweizer Frankens beschleunigen, aufzuhalten, ob das Wachstum der Stadt über die Gemeinde-, ja sogar Kantonsgrenze hinweg, begrüsst werden darf, ob Landkäufe der Stadt ausserhalb dieser Grenzen zu befürworten sind. Und so viele andere Fragen tauchen auf, die uns im gesamtschweizerischen Interesse beschäftigen müssten. Ich will hier nicht versuchen, einen vollständigen Katalog der nationalen Fragen herzustellen, sondern nur andeuten, in welcher Richtung wir suchen müssten.

Heute wird das Wachstum Zürichs un gelenkt und unkontrolliert durch die wirtschaftlichen Kräfte gefördert. Alles ist unter- oder hintergründig vorbereitet, still, vielfältig und zielbewusst, viel in bester Absicht, viel aus reinem Erwerbstrieb, viel, sehr viel aber einfach gedankenlos.

Vielleicht wirft man mir jetzt vor, ich schade der Stadt, indem ich mich gegen übermässiges Wachstum wehre. Ich kenne aber den Schaden, der übermässiges Wachstum unserem ganzen Lande, besonders dem die Stadt umgebenden weitem Bereich zufügt. Ich denke dabei nicht nur an die hohen Bodenpreise und ihre Folgen, sondern vor allem an die volkswirtschaftlichen Störungen, die übermässiges Wachsen verursacht. Die Stadt wird — das befürchte ich auch — mit den Problemen nicht fertig, wenn der Grundsatz der Gemeindeautonomie — dieser mit Recht — hochgehalten wird. Nehmen wir an, es seien wirklich 1,5 Millionen Einwohner, die in und um Zürich leben werden. Auf Stadtgebiet hätten nur noch 500 000 Platz, 1 000 000 Einwohner müssten ausserhalb der Stadtgrenzen wohnen. Genügen unsere Gesetze, um eine solche Stadt, deren Bewohner zu $\frac{2}{3}$ nicht mitspracherecht wären, in Ordnung zu regieren? Welche Organisation wäre zu treffen, damit sie trotz der Gemeindehoheit funktionieren kann? Heute senken die Umlandgemeinden ihre Steuern, und Zürich hat Mühe, sie nicht zu heben! Immer mehr Aufgaben muss die Zentrale übernehmen, und immer mehr leidet das Herz der Region. Schwieriger und schwieriger wird es, das Wohnbauproblem zu lösen, und ärmer wird die herrliche, geplagte Landschaft. Heute werden die letzten Freiflächen verbraucht, oder sie kosten, wenn man sie schützen will, wie das Beispiel der *Katzenseen* zeigt, Unsummen! 45 Millionen Franken für ein paar Hektaren freien Landes als Erholungsraum!

Wie kann der Verkehr einer solchen Grosstadt geregelt werden, wenn immer mehr Menschen mit dem eigenen Fahrzeug in die Stadt eindringen? Wir zerstören die Stadt mit dem Automobil aus reiner Bequemlichkeit.

Aber all das, so schwerwiegend es im einzelnen und für Zürich speziell auch sein mag, zählt angesichts der übergeordneten eidgenössischen Fragen kaum. Diese müssten wir behandeln und nicht die stadtzürcherischen Probleme. Was kehrt die Schweiz vor? Herzlich wenig!

Uns ist vom Architekten *Rolf Meyer-von Gonzenbach* in verdienstvoller Weise ein erstes Leitbild für die Schweiz von morgen vorgezeichnet worden.

Unter dem Stichwort *konzentrierte Dezentralisation* fordert Meyer das für die ganze Schweiz, was vor Jahren für den Kanton Zürich gefordert worden ist, die Aufwertung von Kleinstädten und die Gesundung der Landschaft unter Verzicht auf eigentliche Grosstadt-bildung. Dieses Konzept stützt der Verfasser auf seine berufliche Erfahrung ab. Er schlägt auch gewisse Massnahmen vor, die es uns erlauben sollen, das ganze Land zu planen. Ich verzichte darauf, diese im Einzelnen durchzugehen, doch will ich wenigstens einige, die mir besonders wichtig erscheinen, zusammenfassend unterstreichen. *Die Schaffung zusammenhängender Landwirtschaftszonen* als Nationalaufgabe ist angesichts der ungeheuren Teuerung des landwirtschaftlichen Bodens ein Postulat, das wir unbekümmert darum, ob wir eine, zwei oder drei Grosstädte oder einen Konzern der Städte anstreben wollen, bedenkenlos unterstützen dürfen, ja müssen! Mit dieser Massnahme aufs engste verknüpft ist die Ausscheidung von Bauland oder präziser die Klärung dieses Begriffes, so dass jedermann, der mit ihm zu tun hat, weiss, was darunter zu verstehen ist. Der Eigentümer des Bodens, der Erbberechtigte, der Bauer, der Städter, der Industrielle, der Wohnbauproduzent, der Liegenschaftsmakler, die Hypothekarinstitute, die Anlagefonds, die Techniker der Gemeinden, die Gemeinde- bzw. Kantonsbehörden, die Schatzungskommissionen, die Steuerkommissäre, die Juristen und schliesslich die Gerichte, sie und noch viele andere im Staate haben sich ihren eigenen Begriff des Baulandes zurechtgelegt und nach ihren Vorstellungen definiert. Ein Spiegelbild bildet die Landschaft! So sonderbar das vielleicht tönen mag: ich bin nicht nur als Techniker der Planung, sondern auch als Staatsbürger sehr stark beunruhigt, dass es uns nicht gelingen will, einen so fundamentalen Begriff ganz sauber, für jedermann gleich lautenden und gleich auszulegenden Begriff festzulegen. Der Boden ist Handelsware geworden, und trotzdem fehlen ihm Eigenschaften, die anderer Ware anhaften:

- er ist nicht vermehrbar (jedenfalls bei uns nicht);
- er kann nicht vernichtet werden (jedenfalls nicht mit konventionellen Mitteln);
- er kann nicht transportiert werden (höchstens Teile, aber es bleibt immer noch etwas übrig: Wunden);

und trotzdem tun wir dergleichen, als sei der Boden eine normale Handelsware, die beliebig vermehrt, vernichtet, transportiert und auch verschachert werden kann. Das Bauland nun, welches sich vom übrigen Land durch das Vorhanden- oder Geplantsein bestimmter von der Natur gegebener oder vom Menschen gewollter Merkmale und Einrichtungen auszeichnet, dieses Bauland müssten wir auch in seinen Reifegraden fassen können. Hier ist nicht der Ort, um den Versuch zu wagen, eine allgemeingültige und haltbare Definition zu geben. Ich muss nur den Finger auf eine böse Wunde legen, denn, wo die Sprache nicht klar ist, verstehen sich die Menschen nicht. Und es

gibt immer böse Menschen, die ihren Nutzen daraus ziehen, wenn sich die guten nicht verstehen können oder wollen.

In andern Ländern ist man weiter. In Deutschland, Holland, Belgien, Frankreich, Dänemark, Schweden, England — ich nannte nur Länder der westlichen freien Welt — weiss man, was Bauland ist (ob man sich auch daran hält, untersuche ich nicht). Mit Plänen wird dort Bauland vom übrigen Land geschieden, die Öffentlichkeit, die Bauland erschliesst und es bedient, sagt, wo, wann, wie gebaut werden kann. Bei uns ist es grundsätzlich anders, denn der Private sagt, wo und wann er bauen will und ist schon böse, wenn man ihm sagen will, wie er bauen darf.

«Ein jeder baut nach seinem Sinn,
denn keiner kommt und zahlt für ihn.»

Das las ich einmal in einer aargauischen Gemeindekanzlei... es ist zwar schon Jahre her und diese Gemeinde plant heute intensiv, sie wurde durch Hochhäuser gebrannt.

Ich bin weit davon entfernt, für unser Land das zu fordern, was etwa in Holland oder Italien gilt oder gelten soll, was in Frankreich eingeführt wird, nämlich die Allmacht des Staates, der nicht nur Land als Bauland ausscheiden darf, sondern auch das Recht besitzt, es für alle möglichen städtebaulichen Zwecke, für Wohnen und Arbeit beispielsweise zu expropriieren. Nein, das wollen wir nicht, denn das unterhöhlt eine Stütze unseres Staates, das Eigentum, sehr. Ich fordere auch nicht die Verstaatlichung des Bodens. Was ich aber fordern muss, ist die Festigung des Eigentums durch absolute Klarstellung der Begriffe und durch die simple Feststellung, dass das Eigentum

nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten

beinhaltet. Heute glauben wir eher an seine Rechte. Und die staatlichen Instanzen niedriger und höherer Ordnung sind dauernd bemüht, Missbräuche abzustellen; all unsere Planungsmassnahmen und Baugesetze rühren leider von diesem Bestreben her. Ich glaube als Idealist, es sei möglich, in einem kleinen Lande wie unserem die *Pflichten* des Eigentums so zu formulieren, dass das Eigentum adelt. Adel verpflichtet, hiess es früher, warum dürfen wir nicht sagen:

Eigentum verpflichtet!

Rolf Meyer kommt in seinen Ausführungen auf das Problem der *Baulandhortung* zu sprechen, er fordert zur Beseitigung dieses Uebels, das unsere Städte in tausend Splitterteilchen auflöst, die Baulandsteuer, die der Hortung erschlossenen Landes entgegenwirkt, einen *vermehrten Schutz der Wälder* — ein Problem, worüber sicher im einzelnen gesprochen wird — die Schaffung eines *eidgenössischen Industriezonenplanes* mit *Industriestandortberatung*, dazu die Schaffung eines *gesamtschweizerischen* Besiedlungsplanes. Diese Massnahmen und andere sind es, die der bekannte Planer zur gelenkten Besiedlung des Landes verlangt. Rein technisch habe ich nichts hinzuzufügen, ich emp-

fehle jedermann, sich mit diesen ersten Ausführungen für einen schweizerischen Landesplan auseinanderzusetzen. Ich möchte Rolf Meyer eigentlich nur ergänzen und zwar auf jener Ebene, die wir in der Schweiz zu beschreiten haben, auf der staatsbürgerlichen, und Sie verzeihen, wenn ich keine fertigen Rezepte habe, sondern eine Frage stelle:

Sind wir vorbereitet?

Als unsere Vorfahren 1848 die seither vergangenen 115 Jahre absteckten, leisteten sie — das dürfen wir heute Lebenden stolz und dankbar feststellen — ganze Arbeit. Man versetze sich in den *Anfang* des industriellen Zeitalters zurück und überlege sich, was jene Leute geleistet haben, als sie unsere, in den Grundzügen heute noch geltende Verfassung aufrissen und ein Jahrhundert, ein *glückliches*, möchte ich sagen, vorzeichneten. Sind wir zu gleichem Tun nicht mehr fähig? Ich will nicht in Klagetönen ausbrechen, aber das, was wir heute vorkehren, hat mit zukunftsgläubigem Handeln wenig zu tun.

- Wir *zerstören* die *Landwirtschaft* in ihren Grundlagen systematisch, wir vergeuden Land.
- Wir *verunreinigen* das *Wasser* und die *Luft*, wir scheuen Kosten, sie reinzuhalten.
- Wir *zersiedeln* die *Landschaft*, wir handhaben veraltete Gesetze aus Bequemlichkeit.

- Wir *bedrohen* sogar den *Wald*, den uns unsere Vorfahren intakt übergaben.
- Wir bekämpfen *Symptome* ohne die *Ursachen* zu erforschen.
- Wir *höhlen Werte* aus, für die wir am 1. August auf die *Barrikaden* gingen.

Ich weiss, ich rede als Landesplaner zu Ihnen. Mir ist nicht die Aufgabe gestellt, die Konzeption der Schweiz für morgen zu entwickeln, andere werden das tun müssen. Ich fühle mich nur verpflichtet, auf Grund der mir zugänglichen Kenntnisse eines weiten aber doch nur beschränkten Fachgebietes als Mahner aufzustehen und allen zuzurufen:

Wir treiben Raubbau am Nationalvermögen.

Die entstellte Landschaft ist ein Zeichen, das verdorbene Wasser ein anderes. Das zerstörte Preisgefüge und der sinkende Geldwert sind erhobene Drohfinger, wie auch die Tatsache, dass der kleine Mann keine preiswürdige und gute Wohnung mehr findet. Das Verkehrschaos in den Städten, die Verkehrsnot in Kleinstädten und Dörfern sind Zeichen des Wohlstandes, aber auch Zeichen unseres Versagens. Wir verschliessen die Augen, weil wir all das nicht sehen wollen, wir schwelgen im Fortschritt, der — wie ich schon sagte — die Armut, die Krankheit, den Hunger und anderes bannte.

Sind wir vorbereitet?

Die Verkehrsplanung im Kanton Aargau

H. Boesch, Chef der Abteilung Verkehrsplanung, Tiefbauamt des Kantons Aargau

1. Allgemeine Entwicklung

Die Bevölkerungszunahme von 1950 bis 1960 betrug im Kanton Aargau ungefähr 20 %. Gemäss Statistischem Jahrbuch der Schweiz halten die Bevölkerungszunahmen der aargauischen Agglomerationen prozentmässig die Spitze. So wird das Mittel der untersuchten Gebiete mit 23,1 % für die Jahre 1950 bis 1960 angegeben. Die Agglomeration Baden nahm aber in der gleichen Zeit 42,1 % zu, die Agglomeration Aarau 34,4 %. Aehnlich hohe Werte lassen sich für die Agglomerationen Lenzburg, Zofingen, Wohlen und Bremgarten ermitteln.

Im Jahre 1960 zählte der Kanton ungefähr 360 000 Einwohner; gleiche Entwicklung vorausgesetzt, wird man für das Jahr 1980 mit rund $\frac{1}{2}$ Million Einwohner rechnen müssen. Gemäss den zurzeit vorliegenden Orts- und Regionalplanungen können in den vorgesehenen Baugebieten ohne weiteres 1 bis 1,2 Millionen Einwohner placiert werden. Die geplanten Siedlungen werden über weite Gebiete städtischen Charakter aufweisen (Abb. 1 und Abb. 2).

Im Jahre 1960 traf es ungefähr ein Auto auf neun Einwohner. Nimmt man an, dass 1980 das Verhältnis bei 1 : 4,5 stehe, muss — unter Einrechnung der Bevölkerungszunahme — mit einem ungefähr dreifachen Autobestand gegenüber 1960 gerechnet werden. Bei Vollmotorisierung, die bei einem Auto auf etwa 2 bis 2,5 Einwohner erreicht sein dürfte, und bei Vollüberbauung des Kantons gemäss heute gültigen Zonenplänen sind rund $\frac{1}{2}$ Million Autos zu erwarten; das bedeutet eine Verzehnfachung des Autobestandes gegenüber 1960 oder so viele Autos im Kanton Aargau allein, wie 1960 die ganze Schweiz aufwies (Abb. 3 und 4).

Auch wenn man voraussetzt, dass nicht alle diese Motorfahrzeuge die Strassen gleichzeitig überfluten, bleiben die Probleme, die sich einer Verkehrsplanung im Aargau stellen, doch bedeutend.

II. Gruppierungen

Der Aargau weist im Gegensatz zu manchen andern Kantonen kein ausgeprägtes Zentrum auf. Eine